

Rick van der Ploeg

DIE POTENZIELLE KONTRAPRODUKTIVITÄT VON SECOND-BEST-MASSNAHMEN IN DER KLIMAPOLITIK



Rick van der Ploeg ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Oxford und Wissenschaftlicher Leiter des Oxford Centre for the Analysis of Resource Rich Economies. Zudem lehrt er an der Freien Universität Amsterdam und leitet das Fachgebiet Public Sector Economics im CESifo-Netzwerk.

Das grüne Paradoxon und die mögliche Kontraproduktivität von nicht durchdachter Klimapolitik wurden von Hans-Werner Sinn 2008 in seinem Buch und in einem wissenschaftlichen Artikel vorgestellt. Tatsächlich gehen die Ideen auf frühere theoretische Arbeiten aus den 1980er Jahren zurück, in denen er zeigt, dass eine über die Zeit steigende Wertsteuer auf fossile Brennstoffe zu einer Beschleunigung des Brennstoffabbaus führt. Wie es für ihn typisch ist, hat er auch in der deutschen politischen Debatte in klaren Worten vor dem grünen Paradoxon gewarnt. Zumindest teilweise müssen ihn dazu die hohen Subventionen für Solarenergie in Deutschland angeregt haben. In Anbetracht seiner herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft und der Ressourcenökonomie ist es keine Überraschung, dass das ökonomische Prinzip des Zweitbesten die Grundlage des grünen Paradoxons bildet. Politiker schrecken vor erstbesten Politikmaßnahmen zur Bekämpfung des Kli-

mawandels zurück, wie etwa einem CO₂-Preis. Eher warten sie ab, verschieben eine Bepreisung von CO₂ und versuchen stattdessen, ihre Nachfolger zu verpflichten. Zudem arbeiten Politiker lieber mit Zuckerbrot als mit Peitsche: Lieber subventionieren sie erneuerbare Energien – weit über das notwendige Maß hinaus, das die positiven Externalitäten von learning-by-doing internalisieren würde –, als dass sie ehrlich handeln und einen ökonomisch richtigen CO₂-Preis durchsetzen.

Zweitbeste Politiken wie das Verschieben von CO₂-Bepreisung und die Subventionierung von erneuerbaren Energien haben die ungewollte Folge, fossile Brennstoffpreise zu senken, sowohl in der Zukunft als auch, über intertemporale Arbitrage, in der Gegenwart. Im Ergebnis steigen die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und die CO₂-Emissionen, und der Klimawandel wird beschleunigt. Dies hätte kurzfristig negative Auswirkungen auf die Wohlfahrt. In der längeren Frist allerdings

würden selbst solche zweitbesten Politiken mehr fossile Brennstoffe unter der Erde belasten und somit die kumulierten Emissionen begrenzen, so dass der letztliche Anstieg der globalen Erwärmung eingeschränkt würde. Diese positiven Wohlfahrtseffekte sind stärker als die negativen kurzfristigen Wohlfahrtseffekte, wenn die Preiselastizität der fossilen Brennstoffnachfrage klein, die des fossilen Brennstoffangebots groß und die ökologische Diskontrate klein ist.

Wenn das aber nicht der Fall ist, dann sind zweitbeste Maßnahmen tatsächlich kontraproduktiv; unter diesen Umständen schlägt Sinn vor, die von Produzenten fossiler Brennstoffe gehaltenen finanziellen Vermögenswerte zu besteuern. Solch eine Steuer bremst das Bestreben der Brennstoffproduzenten, Finanzvermögen aufzubauen, und hat den gegenteiligen Effekt einer verschobenen CO₂-Steuer. Man kann das grüne Paradoxon als intertemporale Version von *carbon leakage* betrachten, dem Gedanken, dass ein in einer Anzahl Länder geltender CO₂-Preis die Preise für fossile Brennstoffe drückt und somit die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen in allen anderen Ländern und den Klimawandel beschleunigt. Der »paradoxe« Effekt einer verschobenen CO₂-Bepreisung führt zu *carbon leakage*, sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft.

Das grüne Paradoxon hat eine umfangreiche, eher technische akademische Literatur hervorgebracht, mit wenig fundierten angewandten Studien, die einen überzeugenden Nachweis für signifikante und substanzielle negative Effekte von zweitbesten Klimapolitiken auf die reale Welt erbringen würden. Dennoch: Das Gewicht von Sinns Worten zeigt sich in dem viel weiteren Blickwinkel, den er in seinem Buch einnimmt. Darin erörtert er teilweise recht provokativ, dass die Bemühungen vieler Regierungen, etwa alternative Energien zu för-

dern, Emissionsgrenzwerte für Autos festzulegen oder strenge Energieeffizienzstandards für Gebäude durchzusetzen, nichts am unablässigen Anstieg der CO₂-Emissionen geändert haben. Durchaus zu Recht betont Sinn, dass eine Politik, die vormals landwirtschaftlich genutzte Flächen zur Biokraftstoffproduktion umwidmet, die Ärmsten auf unserem Planeten hungriger macht und schlechter stellt. Sein Plädoyer ist daher, nicht zu versuchen, die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu regulieren, sondern direkt das fossile Brennstoffangebot zu begrenzen, indem mehr davon im Boden belassen wird – und somit die kumulativen Emissionen zu senken. Das kommt einem Coase-Ansatz nahe, bei dem die Anbieter fossiler Brennstoffe Geld erhalten, um sie nicht abzubauen.

Sein ehrgeiziger Vorschlag ist, alle Nettoimporteure von fossilen Brennstoffen in einem globalen Kartell mit einem glaubwürdigen und koordinierten *Cap-and-trade*-System zu organisieren und dies zu ergänzen durch eine Quellensteuer auf Kapitaleinkommen der Öl- und Gasscheichs. Sein leidenschaftliches Plädoyer, den Klimawandel an der Wurzel des Problems anzugehen, sollte in politischen Kreisen besser Fuß fassen und ist beispielhaft für seine einzigartigen Fähigkeiten als politikgetriebener Intellektueller und Wissenschaftler. Obwohl lautstarke grüne Aktivisten in Deutschland und anderswo oft Anstoß genommen haben an Sinns unwillkommener Kritik an schlecht gestalteter Energie- und Klimapolitik, würden sie gut daran tun, sich seine Analyse anzueignen, um effiziente und effektive Wege zu finden, den Klimawandel zu bekämpfen. Unsere Enkelkinder und ihre Nachkommen würden uns nicht vergeben, wenn wir nicht umgehend Maßnahmen ergreifen würden für die vielleicht wichtigste Herausforderung unserer Zeit.